

Bezugspreis:

Wochensatz 1.20 - M. monatlich 6.00 - 3. 1/2 ist im Haus...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

MORWIRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einpaltige Sonntagsbeilage...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Alarmruf aus England.

London, 21. Juli. (WTB.) Reuter meldet aus Berlin: Trotz der Verleugung der inneren Krise...

Die „Daily Chronicle“ geht in einem Leitartikel auf die Frage „Reparationen und interalliierte Schulden“ ein...

Auf einem Festmahle, das der Lordmavor von London gab, hielt Schatzkanzler Sir Robert Horne eine Rede...

Poincarés Forderungen.

Paris, 21. Juli. (WTB.) Wie die „Agence Havas“ meldet, hat Poincaré an den französischen Delegierten...

Russland am Scheidewege.

Wir veröffentlichten in der Morgenausgabe eine Information, derzufolge sich die Sowjetregierung...

London, 21. Juli. (WTB.) Die russische Handelsdelegation teilt mit, dass sie zum bevollmächtigten Vertreter...

Die Amsterdamer Konferenz.

Amsterdam, 21. Juli. (WTB.) In der Mittwochnachmittags-Sitzung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz...

dem Finanzminister de Casselle vorbereitet hat und in der er die Verantwortung Deutschlands für seine gegenwärtige finanzielle Lage beweisen will.

„Echo de Paris“ schreibt zu der von Poincaré an den französischen Delegierten bei der Reparationskommission gerichteten Denkschrift...

Garantieauschuss und deutscher Staatshaushalt.

Paris, 21. Juli. (WTB.) „Petit Parisien“ schreibt in einer Würdigung der Ergebnisse des Garantieauschusses...

Paris, 21. Juli. (WTB.) Wie der „Matin“ zu wissen glaubt, wird die Reparationskommission, die gestern die französischen Sachverständigen über die deutschen Kohlenlieferungen...

von der Wiener Internationale. Die Kommission soll eine gemeinsame Erklärung vorbereiten...

Italien vor dem Generalstreik?

Rom, 21. Juli. (WTB.) Der Zentralauschuss des Arbeiterverbandes hat einen Generalstreik für ganz Italien beschlossen.

Mailand, 21. Juli. (WTB.) Nach Mitternacht ist in der Mailänder Arbeitskammer ein Telegramm der Arbeiterallianz in Rom eingetroffen...

Nachlassen der Dollarchauffe.

Die Berliner Börse stand am Freitag, wie üblich, unter der Einwirkung der Wochenendpause. Die Spekulation suchte sich auf den meisten Werten glatt zu stellen.

Ein Kampf um Menschenrechte.

Die saarländische Sozialdemokratie gegen den französischen Imperialismus.

Unsere Leser kennen die schmachvollen Vorgänge im saarländischen Landesrat, wo sich die Vertreter der Parteien das Recht, ihre grundsätzliche Meinung zum Ausdruck zu bringen...

Im Namen der Sozialdemokratischen Partei, die alle körperlich und geistig Schaffenden zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus zusammenzufassen strebt...

Wir sind bereit, auf dem Boden des Versailler Vertrages mitzuarbeiten, aber wir wehren uns dagegen, daß das deutsche Saargebiet unter offener Verletzung der wenigen Rechte...

Wir protestieren dagegen, daß das uns im Versailler Vertrag garantierte deutsche Recht willkürlich abgeändert wird...

Wir protestieren gegen die Verkümmern des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden und fordern die Einführung der deutschen kommunalen Selbstverwaltung.

Wir protestieren gegen die Franzöisierungskampagnen in der Schulpolitik und dagegen, daß die maßgebenden Beamten- und Richterstellen mit Ausländern besetzt sind...

Wir protestieren gegen die Abschnürung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftskörper und fordern von der Reparationskommission...

Wir protestieren gegen die unsoziale Steuererhebung und fordern unter Befreiung der wirtschaftlich Schwachen starke progressive steuerliche Ersassung...

Wir protestieren gegen die unerhörten Mißstände im Wohnungswesen, die durch militärische Beschagnahme, offene Bevorzugung der französischen Bergverwaltung...

Wir protestieren gegen die Anwesenheit des französischen Militärs und fordern eine detaillierte Gendarmerie...

Wir protestieren gegen die rechtlich unbegründete Schaffung einer besonderen Saareinwohnerschaft, durch die politische Rechte zugezogenen Ausländern schon nach Jahresfrist verliehen werden...

Wir protestieren gegen die willkürliche Beschränkung des Koalitions- und Vereinsrechts und fordern, daß jeder deutsche Staatsbürger jederzeit und ohne besondere Erlaubnis ins Saargebiet einreisen kann...

Die sozialdemokratische Fraktion hält unerschütterlich fest an ihrem grundsätzlichen Protest gegen das von der Regierung durch ihre Verordnungen vom 24. März 1922 in Gestalt des Landesrates geschaffene und demokratische Scheinparlament...

Unsere grundsätzliche Forderung ist eine den modernen staatsrechtlichen Einrichtungen der deutschen Republik entsprechende demokratische Volksvertretung...

Der Landesrat bestimmt selbst Beginn und Ende seiner Tagungen, legt selbst seine Tagesordnung fest, gibt sich selbst seine Geschäftsordnung, wählt selbst seinen Präsidenten und hat das Recht, Initiativanträge und Interpellationen einzubringen und zu behandeln.

Wir protestieren weiter gegen den Ausschluß der hier nicht geborenen Deutschen von der Wahlbarkeit und fordern die Beseitigung dieser Bestimmung, die einen großen, seit Jahren und Jahrzehnten mit dem Schicksal des Saargebietes verwachsenen Teil der Bevölkerung politisch entrechtet.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den Landesrat eingegangen, um der Stimme des arbeitenden Volkes gegenüber dem autokratischen System an dieser offiziell dazu berufenen Stelle Gehör zu verschaffen.

Aus diesem System ist im offenen Gegensatz zum Volkswillen eine Anzahl Verordnungen entstanden, in denen die Bevölkerung eine entwürdigende Mißachtung ihrer Staatsbürgerrechte erblickt. Die Sozialdemokratie erwartet deshalb von der Regierungskommission, daß sie alle bisher ergangenen Verordnungen dem Landesrat zur Nachprüfung vorlegt.

Grundsätzlich protestieren wir gegen die Schaffung eines Studienausschusses als einer undemokratischen Institution, deren Zweck es sein soll, den Willensausdruck der gewählten Vertreter des Landesrates vor den Augen der Welt abzuschwächen.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß in einem Gebiet von über 90 Proz. Lohnarbeiterschaft die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegen die Ausbeutungstendenzen des deutschen sowie des französischen Kapitals wirksam geschützt werden. Sie wartet zunächst die Handlungen der Regierung ab und kündigt ihr bei Mißachtung der erhobenen Forderungen und einseitiger kapitalistischer Klassenregierung scharfsten Kampf an. Der Klassenkampf des Proletariats, den die kapitalistische Wirtschaft überall zu einer geschichtlichen Notwendigkeit und sittlichen Forderung gemacht hat, ist doppelt notwendig in einem Gebiet, in dem sich kapitalistische Ausbeutung mit politischer Vergewaltigung durch Sachwalter eines fremden Kapitalismus paaren.

Unbedingte Voraussetzung für die Mitarbeit der Sozialdemokratie ist ferner, daß von der Regierungskommission jene Wege einer französischen Annexionspolitik verlassen werden, die bewußt darauf abzielt, das deutsche Saargebiet innerhalb von 15 Jahren wirtschaftlich und kulturell für den Anschluß an Frankreich reif zu machen. Diese Annexionspolitik bekämpfen wir nach wie vor in dem Bewußtsein, daß die kapitalistische Bedrückung eines nur sein Recht und seine Freiheit verlangenden Volkes die Gefahr neuer blutiger Konflikte herausbeschwören muß, die zum völligen Zusammenbruch der europäischen Kultur führen würde. Die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder bitten wir, uns in internationaler Solidarität in unserem Kampf zu unterstützen. Soll die Völkerverbrüderung endlich Wahrheit werden, dann darf der unerträgliche Gewaltzustand im Saargebiet nicht länger fortbestehen.

Landbund gegen das Umlagegesetz.

Anforderung zum Ungehorsam gegen Geseze.

Der Landbund Lebus gibt ein wöchentliches Nachrichtenblatt „Landbund Kreis Lebus“ heraus, das in seiner letzten Nummer vom 15. Juli 1922 eine Uebersicht über die Vorschriften des Getreideumlagegesetzes gibt und daran dann unter der Ueberschrift „Stellungnahme des Brandenburgischen Landbundes zu dem Umlagegesetz“ Vorschriften zu einer zielbewußten Sabotierung des Gesetzes knüpft:

„Der Brandenburgische Landbund hält unbedingt daran fest, daß die Umlage auch jetzt, nachdem sie Gesetz geworden ist, mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Wir haben wiederholt über die zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen gesprochen, darüber aber bis jetzt noch nichts schriftlich herausgegeben. Die Maßnahmen, die uns vorgeschwebt haben, haben wir zum erstenmal in den sogenannten „Richtlinien“ der „Freiheit“ im Zusammenhang veröffentlicht vorgefunden. (1) Sie decken sich im großen und ganzen mit dem, was der Landbund bereits seit Monaten zur Uebernahme empfohlen hat.

Vision.

Es war an irgendeinem ersten August, 1925 oder so. Endlich war der große Tag — sagen wir: der Reinigung — gekommen. Der Reichsversteigerungswart hatte schon dreierlei Jahre vorher reich und künstlerisch — soweit dies in Anbetracht der Auktionsobjekte möglich war — ausgestattete Kataloge in alle Welt geschickt, bis in die exotischsten und zurückgebliebensten Kaffernböden in Zentralafrika, Hinterindien, nach Hinterindien usw. Da waren sie herbeigekommen, alle die kunstbegeisterten Potentaten aus Nepal, Borneo, aus dem Lande der Niam-Niam und Bantus, aus Klein-Popo, aus Labes und Kusselin in Bommern, oder hatten, durch noch wichtigere Regierungsgeschäfte verhindert, ihre kunstverständigen Großväter und Hofintendanten geschickt und nun klappernd die Hämmer der Reichsauktionatoren in der Siegesallee, am Molke-, Bismarck- und Kron-Deumal, an der Siegesfüße, am „Nationaldenkmal“, hier und dort, überall — ja überall im Reiche — am meisten aber natürlich in Berlin.

Der alte Wilhelm! Neunhundert zum ersten, zum zweiten und zum dritten. Von einem anderen Wilhelm her tönte es herüber: Wilhelm der Erste, Komplex in Helm und Havelod! Fünf Wille zum ersten, zum zweiten, zum dritten. Man sieht, es wurde nicht zuviel geboten für all die Kuriositäten. Das Reich läßt nicht auf seine Kosten, wenn die Käufer nicht den Abbau ihrer erworbenen „Kunstschätze“ selbst zu übersehen und auch die Auktionskosten zu repartieren hätten. Aber immerhin: die Kleinern und erzenen „Helden“ gingen fort wie die warmen Semmeln. Da stand der Herr Fideikommissbesitzer Freiherr von Toppfen aus Klein-Rüddewitz bei jetzt seinem Kaiser Stigmund (gen. Lohengrin): „Famose Figur! Stellen Sie mir denn Herrenhaus! Krieges die Schmitters Angst!“ Auf der anderen Seite, geradeüber, bei jenem Normaltypus eines Preußen, Joachim Hecker, saßen die anamitischen Abgesandten und grinsten sich wechselseitig an. Wie ich hörte, soll das Kostüm dieser Herrschersöhne mit der Bommel-Rachmische Hoftracht am anamitischen Kaiserhof werden. Und wieder nicht weit von hier war man noch beim Anpreisen: Johann Stigmund, meine Herrschaften! Der ein Jahr vom Dreißigjährigen Krieg mit durchgemacht hat! Sehen Sie, wie abgegraut Gesicht, Bauch und Baden sind! Nur 4 Jahre war er noch nach diesem Jahr der Welt! Vorher war er 6. Ein rührendes Beispiel für den pflichtgemäßen Hunger der Fürsten, speziell der hohenzollern! Also, Herrschaften, Johann Stigmund — wer bietet? Was? 50 Pfennig! Sie Schäter! Also 2 Wille! Zum ersten, zum zweiten, zum dritten. Und so ging's weiter. Drei Tage dauerte die Denkmalsversteigerung im ganzen Reiche. Dann brachten die Zeitungen Berichte, wer die diversen „Schätze“ erworben hatte: u. a. hatte ein gewisser Herrlicher die Statue des „großen Schweigers“ erworben (bis auf 700 Wille war Molke gekommen! Ludendorff hatte mitgegeben). Die Deutschnationale Volkspartei hatte sich „Heinrich das Kind“ gesichert; es Sibirien des unehelichen Gemüts der Parteimitglieder soll er im Besitz des Vereinslokales aufgestellt werden. Die Firma H. Berheim erwarb die Figur der Auguste Viktoria im Rosengarten für ihre Modenschau in der Siegesallee. Auch die fromme Landeskirche war als Käufer vertreten;

Die feinerzeit auch im „Vorwärts“ wiedergegebenen „Richtlinien“, die im einzelnen zum offenen Widerstande gegen die Durchführung des Umlagegesetzes auf-fordern, werden im Anschluß an diese Vorbemerkung noch einmal wiederholt. Sie enthalten die Aufforderung zum Boykott aller Landwirte, die den Behörden Angaben über Amdausfläche und Ernteschätzungen machen, die Vorschriften, in keiner Weise behördlichen Anforderungen zur Ablieferung zu entsprechen und die „Läden, die das Gesetz aufweist, so geschickt auszunutzen, daß eine Hinauszögerung der Ablieferung und eine Vereitelung der Umlage erreicht wird, ohne daß der betreffende Landwirt mit dem Gesetz in Konflikt kommt“.

Durch die ausführliche und noch erweiterte Wiedergabe dieser „Richtlinien“ hat sich das genannte Mitteilungsblatt des Landbundes Lebus zweifellos eines offenen Verstosses gegen das Strafgesetzbuch schuldig gemacht, das die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geseze mit Strafe bedroht. Das hat man nachträglich wohl auch eingesehen, denn der Landbund Lebus verbreitet zu der eben hinausgegebenen Anweisung eine „Berichtigung“, in der er behauptet, daß durch einen Irrtum unseres Berlegers, entgegen unserer ausdrücklichen Weisung, der Absatz „Stellungnahme des Brandenburgischen Landbundes zum Umlagegesetz“, der lediglich den Vorschlag einer Persönlichkeit darstellte, aber in der Vertreterversammlung des Brandenburgischen Landbundes nicht angenommen wurde, abgedruckt worden ist.

Der „Berleger“, der den angeblichen Irrtum begangen hat, ist aber wieder der Landbund Lebus! Es ist die Frage, was die Staatsanwaltschaft tun wird, um solcher offenen Verhöhnung der Geseze zu begegnen und die Sabotage des Gesetzes zu verhindern?!

USP.-Funktionäre zur Arbeitsgemeinschaft.

Auch die Funktionäre der USP. waren am Donnerstagabend versammelt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Abg. Paul Levi hielt das einleitende Referat, in dem er u. a. sagte:

Die kommunistische Parole: Auflösung des Reichstags, bewegt sich vollkommen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie. In dieser Situation trat an uns die Frage heran, ob es möglich sei, diese Republik zu verteidigen mit den Mitteln des Proletariats allein, oder ob es unumgänglich sei, zusammenzujucken mit den republikanischen bürgerlichen Parteien. Die Formel: „Für oder gegen Koalitionspolitik“ erschaft nicht das Problem, sie ist eine mathematische Formel und um mathematische Formeln kümmert sich die Geschichte nicht. Schon im kommunistischen Manifest sagt Karl Marx, daß die proletarische Bewegung angewiesen ist auf Abspaltungen aus anderen Klassen, daß die Kommunisten bürgerliche republikanische Parteien unterstützen werden, und in seiner Kritik des Gothaer Parteiprogramms bezeichnet Karl Marx das Wort von der „einen reaktionären Masse“ als ein sozialistisches Schlagwort. Der Eintritt in die Regierung bedeutet nur etwas, wenn den neuen Ministern durch die lebendigen Massen des Proletariats ein berartig starker Rückhalt gegeben wird, daß das Wesen des Ministeriums eine Uenderung erfährt.

Ueber die Forderung, den Reichstag aufzulösen, sagte Levi:

Im weiteren Verlaufe entschieden wir uns, die Forderungen des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung zurückzustellen, um damit die Reichstagsauflösung zu vermeiden. Ueber die Wirkung einer Reichstagsauflösung waren wir uns im klaren, wirtschaftlich hätte sie in der jetzigen Situation das Chaos bedeutet. Die Durchführung des Wahlschlusses hätte am Wahltage einen Dollarkurs von 1000 oder mehr bedeutet. Die Reichstagsauflösung in den Tagen der ersten großen Erregung nach der Ermordung Rathenaus hätte einen Sinn gehabt. Wir hatten damals die große Parole des Brotwuchers mit einer zweifellos gewaltigen Wirkung, wir hätten fest formulierte Forderungen für die Sicherung der Republik gehabt. Die Kornumlage wurde aber ihrem Wesen nach entsprechend unseren Wünschen konzipiert. Wollte man eine Auflösung des Reichstags, dann hätte man den Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik als einen feinen Papier bezeichnen

ihre Pietätgefühl hätte es auf die Menagerie der durch ihre „Verdienste“ berühmten und berichtigten Kirchenfürsten aller Epochen abgesehen, die ja in der „Sieges“-Allee ebenfalls fast komplett vertreten waren. — Uhm uhm.

Dann wurde es wieder mal erster August. Auf dem früheren Königspfad, jetzigem „Friedensplatz“, sprang an der Stelle, wo früher eine angesehene Säule stand, ein herrlicher Springbrunnen, so hoch fast, wie weiland jener Engel damals mit seiner Stange reichte. Eben war Pause, während der Nachmittagseinstellung in der Großen Volkshalle — die Besucher ergingen sich plaudernd auf dem schönen, blumigen Rasen vor dem Theater (an der Stelle, wo früher mal der große Marmorsteinbruch lag). Und von drüben, vom Reichstagsgebäude herüber, wehten in der Sonne die schwarzrotgoldenen Flaggen — ich erinnere mich eben noch, wie ich mich im vierten Jahre der Republik so schändlich darüber ärgerte, daß die Fahnenstangen da oben immer noch die Kaiserkrone trugen — jetzt sind sie natürlich längst ab —, da sehe ich plötzlich, wie die Woller des Friedensspringbrunnens immer höher und höher steigen; jetzt kommt ein Windstoß — da pladdert die ganze Wasserherrlichkeit auf mich herab, ich erwache — auf einer Bank am „Königspfad“, in strömendem Regen und verlasse hastig den Platz — nicht nur der Rasse wegen. —

Treu deutsche Chuzbe. Die deutschnationalen Abgeordneten Leopold v. Grose und Reichert haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

„In Nr. 307/13 des „Vorwärts“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands usw., wird unter der Ueberschrift „Hinter Gittern. Ein Zukunftsbild“ eine recht geschmacklose Geschichte erzählt, in der ein Vater mit seinem Sohne im Jahre 1950 einen Wanderzirkus besucht und in ihm zur Vorführung bestimmte Tiere betrachtet.“

Der vorliegende Absatz dieser Geschichte hat folgenden Wortlaut: „Vor mancherlei zeigte uns nach der Vater. Und wir wundern uns sehr, was man früher so frei hatte herumlaufen lassen. Jetzt kommen wir noch an einen kleinen Käfig, darin lag der Lebensstiller. Dieses merkwürdige Geschöpf, erzählt die Fabel, soll, als die Tiere einmal eine Republik gründeten, um sich gegen Uebergriffe der Raubtiere, die sie bisher beherrscht hatten, zu schützen, von diesem zum Tierreichswehrminister gewählt worden sein. Und so sah er auch aus.“

Ob der Reichsregierung dieser Auslass, der ohne Zweifel bestimmt ist, den jetzigen Herren Reichswehrminister zu beschimpfen und vor der Öffentlichkeit lächerlich zu machen, bekannt?

Hat die Reichsanwaltschaft wegen Verletzung des § 5 Ziffer 3 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 25. Juni 1922, wonach mit Gefängnis von 3 Monaten bis 5 Jahren bestraft wird, wer „die Mitglieder der jetzigen Regierung des Reichs verleumbet oder öffentlich beschimpft“, gegen die Schriftleitung des „Vorwärts“ Anklage erhoben?

Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, falls diese Anklage nach dem Urteile der Reichsanwaltschaft die Anklage zu veranlassen?

müssen. Den Inhalt einer Wahlkampagne bestimmen nicht nur wir, sondern auch unsere Gegner. Sie hätten gesagt: weil nicht zwei oder drei unserer Leute Minister geworden seien, hätten wir den Reichstag aufgelöst. Damit wäre zunächst die Wahlkampagne auf ein Gebiet gehoben worden, auf dem unsere Mitglieder und unsere Wähler am allerempfindlichsten sind. Gewiß, wir werden noch den Tag erleben, wo der Dollarkurs auf 1000 steht, aber auch der höchste Deutscher darf nicht die Möglichkeit haben, zu sagen: Weil die USP. keine Minister erhalten hat, liegt der Kurs auf 1000 infolge einer Reichstagsauflösung. Glaubt aber jemand im Ernst, daß bei dieser Situation für die proletarische Klasse durch eine Reichstagsauflösung etwas gewonnen worden wäre?

Ueber die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sagt Levi:

Was ist, das ist, und es wäre verkehrt, Tatsachen nicht sehen zu wollen. Eine Agitation, die jetzt sagen würde, die Arbeitsgemeinschaft gefüllt uns nicht, wir kündigen sie wieder, wäre eine Verheißung. Wir haben ehrlich und treu zusammengearbeitet mit denen, mit denen wir einmal Schulter an Schulter gestanden haben, und mit denen wir noch in vielen schweren Tagen zusammenarbeiten müssen. Die Arbeitsgemeinschaft teudert nach ihrem eigenen Gewicht weiter und leitet Endes auf einen Zusammenstoß der Fraktionen oder Parteien in kürzerer oder längerer Frist. Bei aller Treue zu der Arbeitsgemeinschaft haben wir die Pflicht, genau wie wir Kritik an uns üben, Kritik zu üben an unseren Freunden, die jetzt mit uns in einer Arbeitsgemeinschaft stehen. ... Wir können gegenüber der Politik der Sozialdemokratischen Partei nach wie vor und mehr denn je betonen, daß wir auf den großen Gedanken der sozialen Revolution, der in der Arbeiterbewegung lebt und lebendig ist, einen Teil unseres Wesens bedeuten, auf den wir nicht verzichten können. Das Schlußwort des Görlitzer Programms, die Politik der Sozialdemokratischen Partei als richtig anzuerkennen, das ist kein Boden. ...

Abg. Ledebour hielt das Korreferat, in dem er sich gegen die Einigung mit der SPD. aussprach und erklärte, er würde diese Einigung nicht mitmachen.

Die große Mehrheit der Funktionäre nahm jedoch eine Entschlieung an, in der empfohlen wird, weiter auf dem durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft beschrittenen Wege fortzuarbeiten.

„Spartklub Kornblume“.

Ersatz für den aufgelösten Soldatenbund.

Hamburg, 21. Juli. Die Nachrichtenstelle der hamburgischen Polizeibehörde teilt mit: Am 1. Juli wurde gemäß §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik der Verband nationalgefühnter Soldaten aufgelöst und verboten. Der Polizeibehörde fiel darauf eine Mitteilung in die Hände, in der die Angehörigen des Verbandes von der Auflösung benachrichtigt und gleichzeitig die Mitglieder des „Spartklubs Kornblume“ zu einer Versammlung am Donnerstagabend eingeladen wurden. Eine gestern Abend erfolgte Ueberholung ergab, daß die Anwesenden, circa 21 Personen, sämtlich Mitglieder des ehemaligen Verbandes nationalgefühnter Soldaten waren. Sie hatten zum Teil befragte schriftliche Einladung bei sich. Es handelte sich um handlungsgehilfen, Bankbeamte und Handwerker. Der Einberufer der Versammlung, der angebliche Gründer des Spartklubs, bestreitet entschieden, bei der Gründung politische Ziele im Auge gehabt zu haben.

Konflikt im Stinnesblatt.

In der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist, wie die „Dena“ erzählt, ein neuer Konflikt ausgebrochen. Nachdem das Blatt am 19. d. M. Abends ohne jegliches Impressum herausgegeben ist, erscheint am 20. morgens, Dr. Hans Simon als stellvertretender verantwortlicher Redakteur für innere Politik. Der bisherige Leiter der inneren Politik bei der „D. A. Z.“, Redakteur Karsten, hat sich nämlich mit sämtlichen ihm unterstellten Redakteuren geweigert, die Artikel des stellvertretenden Chefredakteurs, Professor Benisch, zu decken. Diese Vorgänge haben auch in parlamentarischen Kreisen Aufsehen erregt und zu Auseinandersetzungen zwischen der Deutschen Volkspartei und Hugo Stinnes, dem Besitzer der „D. A. Z.“, geführt. Die Geschäftsleitung bemüht sich, ein Ausscheiden des Herrn Karsten und seines Stabes zu verhindern. Bisher hat die „D. A. Z.“ bereits Chefredakteur Cuno und zwei weitere Herren in leitender Stellung verloren, die den durch den Eintritt von Stinnes bedingten neuen Kurs nicht mitmachen wollten.

Wir überschätzen die Intelligenz und Urteilsfähigkeit völkischer Geistesredner keineswegs, aber so begriffstüchtig sind sie natürlich nicht, daß sie im Ernst glauben, der Ausdruck der Sorge, die deutsche Republik sei nicht genügend geschützt, könne nach dem Gesetz zum Schutze der Republik strafbar sein. Es handelt sich bei dieser „Anfrage“ nur um einen geschmacklosen Scherz, den sich die v. Graefe usw. mit der Reichsregierung erlauben. Diese Herren scheinen also, trotz allem, noch immer recht dreist und recht munter zu sein. Hoffentlich bewirkt die Handhabung des neuen Schutzgesetzes, daß ihnen ihr sonntägliches Frohsinn gründlich und definitiv verfallen wird.

Reinfall. Man schreibt uns: Eine schöne, nationale und buchstäblich wahre Geschichte: Gestern gehe ich über den Pariser Platz. Auf einem Gebäude ist eine große Fahne aufgezogen. Da es nicht windig ist, hängt das Tuch an der Fahnenstange herab; aber die Farben sind deutlich erkennbar, d. h. man kann sich auch irren: denn dunkelblau steht fast wie schwarz aus, und dann stimmen auch die anderen beiden Farben dazu. In dem Gebäude mit der Fahne ist wohl Empfang; viele Autos stehen davor. Ich sehe mir eben ein etwas näher an, da tritt ein Herr mit zwei Anbenden neben mich hin: er ein alter Grandvater mit Eiferem Kreuz, wohl alter Gemascheknopf a. D., die Fingerringe in Watrosenanzügen mit langen Hosen. Wie drei Finger von oberhalb. „Ach, Großvater, sieh mal dort die schöne, große Fahne!“ — „Ja, schwarzweißrot, unsere Nationalflagge! Das nenne ich Mut und Stolz, die hier so öffentlich zu zeigen. Au grade! Mühe ab, Jungens!“ Die Watrosen nehmen wirklich ihre Bändermützen ab, auch der Wie lüpfen den Hut. Da kann ich mich nicht länger halten und sage: „Berzihen Sie, das da ist die französische Fahne und dort oben die französische Fahne!“ — Der würdige, nationale alte Herr sieht mich bis auf — lehrt markig — und geht ab mit einem feinen marinedrahten Nachmittagslingen. So alt und noch so —!

Volks-Film-Bühne. In der Presse ist verschiedentlich die Behauptung aufgetaucht, daß die vor kurzem gegründete Volks-Film-Bühne beabsichtige, parteipolitische und sozialistische Filme zu produzieren. Demgegenüber sei festgestellt, daß die VFB. eine Konsumtenorganisation ist. Sie sponzoriert also nicht selbst, sondern bringt Filme der Industrie zur Vorführung, die laut § 1 des Statuts den Ansprüchen der Unterhaltung, mehrer Bildung und der Freiheitswürde des arbeitenden Volkes entsprechen. Die VFB. wird literarisch wertvolle, schauplustvolle und technisch hochwertige Filme nehmen, wo sie sie herdekomm.

Blühner-Orchester. Die nächsten 514 Blühkonzerte finden statt: den 24. (Brauerei Adolphs), den 25. („Ordnung“ vom. Sappold, Gatenbebe 22/88), den 26. (Blühner-Saal), den 28. (Reinholdsdorf-Ost, Auberlus-Säle), den 29. (Bantus, Bürgerpark), den 31. (Sanktuus Friedrichshain). Dirigent: Theodor Wimmerhoff. Karten bei Horsch, Engelstein 15, Bormärck, Lindenstr. 2, Grotze, Dunderstr. 3, Orchesterhaus, Röhrgasse 76, in dem betr. Konzertsälen und an der Abendkasse.

Die Große Volkshalle verpflichtet für die kommende Spielzeit im Theater des Weltens Cornells Bronsger. Ferner wurde als künstlerischer Mitarbeiter für die Bühnenaufführung Georg Zailer gewonnen.

Eine große Buchausstellung betreibt für den Herbst dieses Jahres die Korporation der Berliner Buchhändler vor. Sie soll einen umfassenden Ueberblick über das deutsche Schrifttum der Gegenwart geben.

Spandau — Neukölln.

Man kommt nicht alle Tage nach Spandau. Wenn man aber mal drauhen ist, dann gibt es dort allerlei zu sehen und zu beobachten. Doch darüber ein andermal. Hin ging es mit der Vorortbahn ganz passabel. Zurück wurde die Sache etwas anders. Drummt da durch die feierlichen Straßen der Spandauer Innenstadt ein riesengroßer Wagen der Elektrischen mit dem Richtungschild R, der bis nach Neukölln fährt. Bis nach Neukölln ist eine hübsche Leistung! denkt man und springt ohne Besinnen auf. Hätte man's doch nicht getan. Durch krumme Straßen geht es aus Spandau hinaus, immer hübsch langsam und gemessen. Die Höhen des Grunewalds erscheinen romantisch in der Ferne und der Wagen der Linie R der reichshauptstädtischen Straßenbahn nimmt ein Tempo an, das jeden Naturfreund gestattete, belagte Höhen des Grunewalds noch recht lange anzuschauen. Der Wagen hält zuweilen auch an, mal längere mal längere Zeit. Immerhin, man mühte lügen, wenn man sagen wollte, man komme nicht vorwärts. Mitunter geht es so schnell, daß Frauen mit Kinderwagen, sowie Bier- und andere Lastwagen einfach nicht mitkommen und weit weit zurückbleiben. Und dann ist Charlottenburg erreicht und nun allerdings, das muß man sagen, geht es doch wesentlich langsamer. Haltestelle folgt dicht auf Haltestelle. Simm... braust der Wagen über eine verkehrt gestellte Weiche beinahe in eine ganz falsche Straße hinein. So kann man passieren, besonders auf einer Straßenbahn, die wie die unsere auf Schwellenverkehr eingestellt ist. Der Wagen muß zurück und dann geht's weiter. Röhlich, rumm! Der Wagen wird gebremst. Ein Kontrolleur ruft: „Schaffner, der Wagen fährt durch die Weichstraße über den Savignyplatz zur Gedächtniskirche, weil das Gleis gesperrt ist.“ Das ist ungefähr so, als wenn man vom Potsdamer Platz über Bahnhof Friedrichstraße zum Spittelmarkt fährt. Natürlich kann ein Gleis gesperrt sein. Der Ursachen dazu gibt es in Berlin jederzeit viele. Entweder ist der Wagen selbst aus dem Gleise gesprungen, oder ein Kohlenwagen liegt auf dem Gleise, oder die Schienen werden aufgerissen, oder eine Dame ist mit den spitzen Hacken ihrer Schühchen in die Gleise geraten. Auch können Eisenbahnen durchbrechen, Kontaktbügel auspringen oder gar brechen und bewirken, daß der Wagen nicht vorwärts kommt; Anhänger werden an- oder abgehängt. Interessante Diskussionen entspinnen sich zwischen Schaffnern und Reuten, die mitwollen und nicht mitwollen, weil der Wagen zu voll ist. Und wer alle Tage auf der Straßenbahn fährt, der weiß das Interessanteste noch weit mehr zu berichten. Und zwischen solchen und ähnlichen Hemmungen findet, das muß man der Straßenbahn lassen, dieses Organ des weltstädtischen Verkehrs dennoch sicher seinen Weg zum Ziel. In dem vorstehenden Fall brachte der R-Wagen von Spandau bis zum Potsdamer Platz, für eine Strecke von etwa 14 Kilometern, 1 1/2 Stunden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß man zu Fuß so schnell von Spandau nach Berlin kommt, womit der gewaltige Fortschritt, den uns die modernen großstädtischen Verkehrsmittel gebracht haben, ohne weiteres bemessen ist. Wer aber mal Logierbesuch aus der Provinz hat und, wenn alle Museen abgeklappert sind, gar nicht mehr weiß, was er mit ihm anfangen soll, der lasse ihn für zweimal vier Mark mit der Straßenbahn von Neukölln nach Spandau und zurückfahren. Er ist dann seinen Besuch einen ganzen Tag für billiges Geld los, verläßt die Straßenbahn eine hübsche Einnahme, die sie brauchen kann, seinen Gästen aber eine abwechslungsreiche Fahrt, die ihnen einen Begriff vom Berliner Schnellverkehr beibringen wird und an die sie noch lange denken werden.

Das Silber des Herrn v. Knopfloch.

Berliner Einbrecher in einem märkischen Herrenhaus.

Eine sechsköpfige Einbrecherbande, die in einer der Kassenkammern in der Gegend des Schleißer Bahnhofs zusammenzukommen pflegte, schiedete dort einen Plan gegen das Herrenhaus des Ritterguts Buscher in der Mark, das dem Rittermeister v. Knopfloch gehört. Nachdem alles vorbereitet war, fuhr die Gesellschaft, mit den nötigen Werkzeugen ausgerüstet, vor einigen Tagen hinaus, drang zur Nachtzeit in das Schloss ein und erbeutete für über 1/2 Million Silberzeug aller Art. Im Speisezimmer packten die Verbrecher die ganze Beute in eine Kiste und in ein Tischschloß und verschwand dann unbemerkt, wie sie gekommen waren. Auf dem Heimwege nach Berlin trennten sie sich. Zwei Mann, ein 28 Jahre alter polnischer Gärtner Kuback und ein 27jähriger Arbeiter Kofsch, ebenfalls ein Pole, begannen auf der Landstraße bei Nauen einem Landhüter. Diesem fielen sie auf und er wollte sie nach ihren Ausweispapieren fragen. Da zog Kuback sofort einen Revolver und schlug auf den Beamten an. Dieser kam ihm jedoch zuvor, streckte ihn durch einen Schuß nieder und nahm dann auch Kofsch fest. Beide wurden nach Nauen gebracht, Kuback ins Krankenhaus, sein Begleiter ins Amtsgerichtsgefängnis. Diesem gelang es, zur Nachtzeit geflohen wieder zu entfliehen und hat sich wahrscheinlich wieder nach Berlin gewandt. Bei beiden fand man einen geringen Bruchteil der gestohlenen Silberwaren. Der größte Teil soll in einem Walde versteckt sein. An dem Einbruch waren noch weitere vier Mann beteiligt, die noch nicht bekannt sind. Wahrscheinlich hat der eine oder der andere von ihnen einmal auf dem Rittergut gearbeitet und so die Gelegenheit kennen gelernt. Für die Wiederbeschaffung der Silberwaren ist eine Belohnung von 25 000 M. ausgesetzt.

Mißstände beim Hundefang.

Die Zustände bei Ausübung des Hundefanges sind, seitdem der Fang vom Magistrat einem Privatunternehmer übertragen ist, und die Jäger an dem Verdienst aus den erbeuteten Ausweispapieren beteiligt sind, wie der Deutsche Tierärzverein Berlin mitteilt, geradezu unhaltbar. Der Verband der Tierärzvereine von Berlin, dem sämtliche in Berlin tätigen Tierärzvereine angehören, hat sich daher genötigt gesehen, hiergegen geeignete Schritte in die Wege zu leiten. Obwohl eine Fülle von Beschwerden über die ganze Handhabung des Fanges und die Unterbringung der gefangenen Hunde vorliegt, so daß dem Verband für sein Vorgehen genügend Material zur Verfügung steht, bitten wir doch im Interesse des Tieres alle vorkommenden Mängel und Ueberschüsse beim Hundefang wie bisher dem „Deutschen Tierärzverein zu Berlin“, Berlin W., Potsdamer Straße 125, mitteilen zu wollen, damit dieselben, wie jede andere Tierärzvereinsangelegenheit, von dem Verein verfolgt werden können.

Einbruch beim Verband der Krankenkassen.

Schreibmaschinendiebe haben in der Zeit vom Mittwoch zum Donnerstag dieser Woche dem Bureau des Verbandes der Krankenkassen einen Besuch abgestattet und haben drei Schreibmaschinen, darunter zwei AEG und eine Remington-Maschine älteren Systems mitgehen lassen. Der Diebstahl muß in den Abendstunden von Leuten ausgeführt worden sein, die mit den Verhältnissen genau vertraut gewesen sind. Gegen acht Uhr abends hatte eine der beschriebenen Reinigungsfrauen die Maschinen noch abgewischt, um 9 Uhr wurde vom Personal die Tür zum Fluß des Vorderausganges, die vorher offen war, verschlossen vorgefunden. Die Diebe haben also, nachdem sie die Situation genau abgeprobt hatten, die Tür für von außen verschlossen, um vor Verfolgung sicher zu sein. Wer über irgendwelche Beobachtungen berichten kann, oder gesehen hat, wie aus dem Hause Alexanderstraße 39/40 in der Nacht zum Donnerstag Schreibmaschinen abtransportiert wurden, wird gebeten, diese Angaben an die Geschäftsleitung des Verbandes gelangen zu lassen. Die zwei AEG-Maschinen sind ohne Schlösser, sie haben die Nummern 4110 und 673, die Remington-Maschine ist ein ganz altes System und trägt die Nummer 94502.

Menschenknochen im Müllkasten.

Eine Anzahl Menschenknochen, Schulterblatt, Oberarm, Unterarm und rechte Hand, fanden Arbeiter der Gemeinde Zehlendorf, als sie gestern nachmittags Müllkästen auf dem Bladepark am Dablemer Weg entleerten. Die Knochen stammen aus der Leichengasse und ihren Rebensträucher in Zehlendorf, es ließ sich aber noch nicht feststellen, aus welchem Hause. Die Knochen, die auf dem Volksgarten Zehlendorf sichergestellt wurden, rochen stark nach Karbol. Es handelt sich wahrscheinlich um Präparate, doch ist auch ein Verbrechen nicht ausgeschlossen. Nachforschungen bei den in jener Gegend wohnenden Medizinern waren bisher erfolglos.

Ein Antrag der SPD-Fraktion in der gestrigen Stadtnordenratensammlung bezweckte die Bewilligung von 350 000 Mark für die Bauhochschule Groß-Berlin. Nach der Bestimmung der Geschäftsordnung und der Städteordnung wurde der Antrag dem Staatsausschuß zur Vorprüfung überwiesen. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die nochmalige Prüfung ein günstigeres Resultat ergeben wird als bisher.

Zahpreisreduktion auf der Untergrundbahn Dahlem — Wilmersdorf. Die Verkehrsdeputation beschäftigte sich in ihrer Sitzung eingehend mit der Frage der Verminderung der außerordentlich hohen Fehlbeträge bei der Wilmersdorf-Dahlemer Untergrundbahn. Nach einem von früher bestehenden ungunstigen Verträge der Stadt mit der Hochbahngesellschaft muß die Stadt den gesamten Fehlbetrag dieser Strecke tragen. Für das laufende Geschäftsjahr wird die Unterbilanz bei der Wilmersdorfer Untergrundbahn fast 8 Millionen Mark betragen. Zweckmäßigkeit der Rentabilität hat die städtische Verkehrsdeputation beschlossen, den Zahpreis vorläufig für die Strecke hinter dem Fehlbetrag Platz-Dahlem um eine Mark zu erhöhen. Diese Zahpreisreduktion wird voraussichtlich am 1. August in Kraft treten.

Deutsche Postkarten nicht ins Ausland. Es wird vielfach nicht beachtet, daß die vor einiger Zeit zwecks Aufbrauchs alter Kartenbestände herausgegebenen Postkarten mit den aus Linienmark hergestellten Ergänzungs-Zahlenstempeln zu 35 und 85 Pf. nicht ins Ausland versandt werden dürfen. Solche Postkarten sind von fremdländischen Postanstalten in letzter Zeit wiederholt beanstanden oder mit Nachgebühr belegt worden. Diese Karten sind nur im Inlandsverkehr gültig.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter, bei mäßigen südwestlichen Winden. Später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Arbeitersport.

1000-Meter-Film vom Bundesfest.

Das 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig, das nunmehr seinen Anfang genommen hat, soll auch im Film festgehalten werden und dadurch der weitesten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden. Der Film wird rund eine Stunde Vorführungszeit in Anspruch nehmen. Natürlich kann in diesem Film nicht das ganze Bundesfest von Anfang bis Ende wiedergegeben werden; es kann sich nur um Abschnitte handeln, und zwar um die wertvollsten. Der 1000-Meter-Film wird zunächst das Eintreffen der Festzüge in Leipzig, den Empfang und besonders schöne Momente aus dem Festzug wiedergeben. Die Sondervorführungen der Kreise, das schon durch seine Masse wirkende Vereinsturnen, in dem besonders die Süddeutschen hervorragen, die Leistungen der Ausländer, das Springen und die Wettkämpfe der Schwimmer werden auf der Leinwand erscheinen. Im folgenden Endspiel können wir die Käufer bewundern, ebenso hervorragende Leistungen beim Stabhochsprung, Speerwerfen usw. Glanzleistungen an den Geräten hält der Film fest und den Kampf um die Bundesmeisterchaft in den Turn- und Fußballspielen können wir uns nochmals ansehen. Daneben gewährt der Film einen Einblick in das gewaltige Getriebe der Bewirtschaftung des Festes, zeigt uns u. a. die riesigen Lebensmittellager, die für die Rassenpreisung von 30 000 Personen eingerichtet sind, die Rassenpreisung selber und anderes mehr. Das festlich gekundete Leipzig sowie der Festplatz im vollen Betrieb werden vom Flugzeug aus gefilmt.

Für die Agitation im Interesse der Arbeitersportbewegung ist es wesentlich, daß die Arbeiterschaft in allen Orten die Einzelhaber auf diesen Film aufmerksam macht. Die führenden Leipziger Kinos haben schon das Aufführungsrecht erworben, ebenso die „Rekorderwoche“, die Ausschnitte aus dem Film in ihrer „Wochenschau“ bringt. Auch aus dem ganzen Reich ist eine große Anzahl Kinos wegen der Vortührung in Unterhandlung getreten. Der Film läuft erstmalig am Montag, den 31. Juli, so daß wir bald Gelegenheit haben, das größte aller bisherigen Arbeitersportfeste in seinen Hauptpunkten an unserem Auge vorüberziehen zu lassen. Die Herstellung des Films ist der Firma Johannes Rißke U.-G., Leipzig, Karlstr. 1, Karlsruhe, übertragen. An diese Adresse sind alle Anfragen betriebs Ueberlassung des Films zu richten. Die Arbeiterschaft wird gebeten, durch weitestgehende Verbreitung vorstehender Notiz zur Förderung der Arbeitersportbewegung beizutragen.

Wirtschaft

Goldvorrat und Goldproduktion der Welt.

Der Goldvorrat der Staatsbanken der Welt hat sich seit 1913 sehr beträchtlich erhöht. In Dollars ausgedrückt betrug er 1913: 2,4 Milliarden, Ende 1918: 6,3, Anfang 1920: 6,6, Mitte 1922 aber 7,9 Milliarden Dollars. Inzwischen ist während dieser Zeit eine gewaltige Verchiebung zugunsten der einen und zugunsten der anderen Länder vor sich gegangen. Vor dem Krieg verfügten die Vereinigten Staaten über 20 Proz. des gesamten Goldvorrats der Notenbanken der Welt und Frankreich ebenfalls über 20 Proz. Mitte 1922 gehörten mehr als 40 Proz. des Goldvorrats den Vereinigten Staaten, während Frankreichs Anteil auf weniger als 9 Proz. zurückgegangen ist. Der Anteil Japans hat sich in dieser Periode wesentlich erhöht, von weniger als 2 Proz. in 1913 auf beinahe 8 Proz. in 1922. England, Spanien, Holland haben ebenfalls eine Erhöhung ihres Anteils an dem Goldvorrat zu verzeichnen. Demgegenüber ist der Anteil Deutschlands von 8 auf 3 Proz., Italiens von 8,5 auf 2,7 Proz., Kanadas von 4,2 auf 2 Proz., Belgiens von 1,7 auf 0,7 Proz. zurückgegangen.

Die jährliche Goldproduktion zeigt einen andauernden Rückgang. Sie betrug 1913 einen Wert von 490 Millionen Dollars, um nach einer kufenweise fortschreitenden Verminderung von Jahr zu Jahr im Jahre 1921 auf 320 Millionen zu sinken. Der Ausfall der russischen Produktion läßt sich in dieser Bilanz stark fühlen. Die beträchtliche Abnahme der australischen Produktion ist ebenfalls sehr auffallend. Gegenüber 1910 und 1911 ist diese auf ein Viertel gesunken, von 65 Millionen auf 15 Millionen. Die Produktion der Vereinigten Staaten sank gegenüber der Vorkriegsproduktion beinahe auf die Hälfte. Das wesentlichste Produktionsgebiet, Südafrika, zeigt zwar auch Rückgänge, die aber prozentual geringer sind, als die auf den oben erwähnten Gebieten. Daß trotz dieses ständigen Rückganges sich der Goldvorrat der Notenbanken wesentlich erhöht, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß letztere während des Krieges und seiner Gold aus Privatbesitz in großem Maße herausholten und die Menge des bei Notenbanken angehäuft und auch die des in der Industrie verwendeten Goldes wesentlich abnahm.

Deutsche Bank. Dr. Heim, der Preussentester und bayerische Separatist, ist, wie uns gemeldet wird, in den Ausschicht der Deutschen Bank eingetreten.

Gewerkschaftsbewegung

Der belgische Gewerkschaftskongress.

Vom 15. bis 17. Juli fand im Brüsseler Volkshaus der 21. Kongress der belgischen Gewerkschaften statt. Bekanntlich sind die belgischen Gewerkschaften mit der sozialistischen Partei, der Belgischen Arbeiterpartei, organisch verbunden. In ihrer Zäsur unterscheiden sie sich jedoch in keiner Weise von den deutschen Gewerkschaften, mit denen sie auch den organisatorischen Aufbau im wesentlichen gemeinsam haben.

Von allen ausgesprochenen Industrieländern hatte Belgien vor dem Kriege die niedrigsten Löhne. Das hat sich infolge der Entwertung der Währung der mitteleuropäischen Länder seit dem Kriege geändert. Die Folge war, daß Belgien, das vor dem Kriege in Deutschland seine Hauptabnehmer hatte, von einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit heimgekehrt wurde, die zeitweise bis zu 30 Proz. aller Arbeiter umfaßte. Diese Krise konnte trotz der Lohnherabsetzungen, die mit der Verbilligung der Lebenshaltung begründet wurden, und trotz der Schutzmaßnahmen, die von der Regierung und dem Parlament getroffen wurden und die schließlich nichts anderes sind, als die Organisierung des Dumping, das von den Alliierten Deutschland vorgeworfen wurde, bisher nicht beseitigt werden. Solange die angelegten Friedensverträge in ihrer jetzigen Gestalt bestehen bleiben, ist diese Krise einfach unauflösbar.

Bei diesen Maßnahmen blieben die Unternehmer nicht stehen. Sie gingen zu weiteren Angriffen über, begannen die Durchsicherung des Achtstundentages, dessen Aufhebung sie offen forderten. Durch diese Verschärfung des Klassenkampfes, über dessen Verminderung, wenn nicht Beseitigung viele unserer belgischen Genossen während des Krieges und unmittelbar nachher sich trügerischen Illusionen hingeeben haben, hat zu einer allgemeinen Verschärfung der Kämpfe auf gewerkschaftlichem Gebiete geführt, die ja auch politisch durch den Austritt der Belgischen Arbeiterpartei aus der Regierung ihren Ausdruck fand.

Trotz dieser ungünstigen Situation ist es den belgischen Gewerkschaften gelungen, die außerordentliche Vermehrung ihrer Mitglieder, die nach dem Abzug der deutschen Truppen eintrat, aufrechtzuerhalten. Von 125 000 Mitgliedern im Jahre 1913, erhöhte sich die Mitgliederzahl der belgischen Gewerkschaften auf 765 000 im Jahre 1921. Die Zunahme war besonders sprunghaft in den Jahren 1918 bis 1920. Nach den letzten Berichten ist ein unmerklicher Rückgang von 20 000 Mitgliedern eingetreten.

Trotz dieser außerordentlichen Zunahme ist die Lage der belgischen Gewerkschaften sehr schwierig, da nur in wenigen Industrien erst die Mehrzahl der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Immerhin wurde ein Teil des Kongresses mit einer kommunistischen Arbeiterpartei erspart geblieben, denn die Kommunisten, die es ja in Belgien natürlich auch gibt, sind dort eine einflussreiche Sekte. Immerhin wurde ein Teil des Kongresses mit einer kommunistischen Delegation ausgefüllt, denn die paar kommunistischen Gewerkschaften entbilden sich nicht, im Lande herumzuziehen und die Schuld an der ungünstigen Situation den Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben.

Außer dieser Delegation beschäftigte sich der Kongress hauptsächlich mit der Frage der Zurückweisung des Generalantritts, den die Reaktion auf die Errungenschaften der Arbeiter unternimmt. Wesentlich Neues wurde nicht zutage gefördert. In der Hauptsache wurde die Lösung des Problems auf einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress verlagert. Aus der Debatte geht jedoch hervor, daß die belgischen Gewerkschaften, analog den skandinavischen Gewerkschaften, einen engeren Zusammenhalt, besonders in finanzieller Beziehung, ins Auge fassen.

Von den angenommenen Entschlüssen heben wir besonders die bei Eröffnung des Kongresses angenommene Solidaritätsklärung mit allen um ihre Befreiung ringenden Arbeitern der Welt hervor. In dieser Entschlüsselung heißt es, u. a.: „Der Kongress denkt in erster Linie an das deutsche Proletariat, das gegenwärtig die ernstesten und schwersten Augenblicke seiner Geschichte durchmacht; er sendet insbesondere ihm den Ausdruck seiner Sympathie und die glühendsten Wünsche, es in seinem Kampfe gegen die Reaktion triumphieren zu sehen, für die Erhaltung einer demokratischen Republik und die Erringung sozialer Freiheiten.“

Das war die Antwort auf die unsinnige Einzelforderung der Genossen Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften. Bemerkenswert ist noch in diesem Zusammenhang, daß der Kongress u. a. eine Entschlüsselung annahm, in der den Gewerkschaften die entschiedene Bekämpfung des Militarismus zur Pflicht gemacht wird.

Wanarbeiterfreit in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bauarbeiter in Mitteldeutschland haben vor neuen Kämpfen. Ein unparteiisches Schiedsgericht in Halle hat in einer Sitzung vom 3. Juli Bauarbeitern eine Stundenloshöhe von 7 M., also eine Stundenloshöhe von 28 M. auf 35 M. zugesprochen. Dieser Spruch wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der Antrag erstreckt sich nur auf eine Summe von 4,50 M. pro Stunde. Der Bauarbeiterverband hat beschlossen, sofort in allen Städten der Provinz Sachsen, darunter Dessau, Magdeburg, Naumburg, Jena, die Arbeit einzustellen.

Streik der Rheinschiffer.

Aut „Allgemein Handelsblatt“ wurden am Donnerstag über den in Holland wegen der vorgeschlagenen Lohnherabsetzung von 10 Proz. ausgebrochenen Streik der Besatzungen der Rheinschleppdampfer in Rotterdam Besprechungen gepflogen, die von Rudolf, dem beurlaubten Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, unter Teilnahme der Reichslisten und Heizer, zusammen mit dem Vorstand des holländischen Zentralbundes der Transportarbeiter über die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den holländischen Organisationen eingeleitet worden waren. Folgende Beschlüsse sind gefaßt worden:

1. Beginnend mit dem heutigen Tage wird der Streik proklamiert für alle Rheinschiffe sowie Schleppdampfer, für Frachtschiffe und deren Schleppdampfer.

2. Den deutschen Organisationen wird die Zustimmung erteilt, die deutschen Rheinschiffe, die in den Niederlanden beladen wurden, am 8. Juli mit der Ladung becommen haben und am 20. Juli beladen sind, mit deutschen Schleppdampfern rheinaufwärts zu schleppen. Dagegen sind die deutschen Organisationen verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß a) während der Dauer des Streiks kein Schiff nach Holland gelangt, b) niederländische Rheinschiffe in Deutschland weder beladen noch gelöscht werden, noch Kohlen erhalten oder geschleppt werden, c) kein anderes Schiff durch deutsche Schleppdampfer stromaufwärts geschleppt wird als die unter 2 aufgeführten.

Verkehrsfreit in Schweden.

Die Telephonbeamten in Stockholm und Gethenburg sind heute in den Ausstand getreten. Ortsgespräche können nicht mehr stattfinden. Dagegen wird der Fernverkehr aufrechterhalten. „Dagens Nyheter“ zufolge hat das Personal der großen schwedischen Privatbahnen wegen Lohnfristigkeiten beschlossen, in den Streik zu treten. Der Zeitpunkt für den Beginn des Ausstandes ist noch nicht bestimmt worden.

Stand der belgischen Angelegenheiten und Besetzung. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederzusammenkunft in Halle, Sachverständigenrat, Hauptstr. 4.

